duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

02
09.03.2012 | EUR 6,80

europa
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Finnland

Reformen für den internationalen Wettbewerb

Helsinki Das Wahlergebnis schockte Europa. Als die Finnen vor gut einem Jahr an die Urnen gingen, erstürmten die Rechtspopulisten einen Stimmenanteil von fast 20 Prozent. Würden die toleranten und weltoffenen Nordlichter jetzt europafeindlich werden, fragte sich das Ausland. Doch schon bald konnte es aufatmen. An der neuen Regierung beteiligten sich die Rechten später nicht. Und an den Hochschulen beteuert man heute, wie wichtig Europa für die Wissenschafts- und Bildungsrepublik Finnland ist (im Bild die Nationalbibliothek in Helsinki). **Brennpunkt Seite 34**

tipp der redaktion

Atlas für Autonome

Brüssel Europas Hochschulen wollen selbstständig sein. Aber wie autonom ist die eine Uni im Vergleich zur anderen? Ein Online-Atlas bietet Antworten. Erstellt vom europäischen Hochschulverband EUA zeigt er für 28 Staaten, wie frei Universitäten sind. Zu den untersuchten Kategorien der Autonomie gehören unter anderem die Finanz- und Personalhoheit.

→ **Internet: www.university-autonomy.eu**

themen

agenda
Aufgedeckt: Mobbing ist Chefsache, zeigt eine Befragung des Berliner Wirtschaftspsychologen Jens Eisermann. **Seite 3**

hochschule
Aufgeweckt: Eine britische Universität will mit Sonderangeboten für Frühaufsteher Kasse machen. **Seite 5**

forschung
Aufgemacht: Seit einem Jahr sind fünf Technische Universitäten in Europa dabei, sich selbst neu zu erfinden. **Seite 6**

kontakte
Aufgestanden: Wie aussichtsreich ist der Publikationsboykott im Preiskrieg mit dem Verlagsriesen Elsevier? **Seite 9**

ticker
Aufgebaut: Bundesforschungsministerin Annette Schavan will ab 2014 das Berlin Institute of Health fördern. **Seite 11**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

PLANEN

Lieber einen Strafzettel als schwierige Gespräche mit dem Chef. Das zeigt eine Studie, die belegt, dass Führungskräfte im zwischenmenschlichen Umgang meist versagen. Mehr Empathie würde allerdings die Motivation der Mitarbeiter deutlich erhöhen.

Foto: colourbox

➜ Internet: www.ddiworld.com

10. Mai

Internationalisierung: Auf einer Tagung werden Wege gezeigt

Brüssel Wie schaffen es Hochschulen, international bedeutend zu werden? Dieser Frage geht ein Symposium der Gesellschaft für akademische Zusammenarbeit ACA (Academic Cooperation Association) nach. Grundlage der Veranstaltung sind die von sechs europäischen Hochschulorganisationen entwickelten Instrumente. Die Teilnahme kostet 150 Euro.

➜ Internet: www.aca-secretariat.be/index.php?id=583

6. – 9. Juni

Spitzenleistung in der Lehre: Kurs verspricht neue Impulse

Budapest Die Universität Budapest will mit einer Workshopreihe die Lehre an Europas Hochschulen als Teil der Hochschulentwicklung etablieren. Die Kurse richten sich an Führungskräfte und Hochschulmitarbeiter. Diskutiert werden neue Strategien und Möglichkeiten der Verbesserung der Lehre. Registrieren kann man sich bis zum 1. Mai im Internet.

➜ Internet: http://web.ceu.hu/sep/spo/hep2011.html

11. – 12. Juni

Nachhaltige Finanzierung: Tagung regt Austausch an

Salzburg Der Europäische Universitätsverband EUA (European University Association) plant für den 11. und 12. Juni ein Forum zur Finanzierung von Hochschulen. Gastgeber ist die Uni Salzburg. Bei der Tagung sollen die Bedingungen definiert werden, die für eine nachhaltige Finanzierung nötig sind.

➜ Internet: www.eua.be/eua-funding-forum.aspx

Arbeitsorganisation

In der Ruhe liegt die Kraft: Warum sich Führungskräfte besser nicht bei der Arbeit stören lassen sollten

Dortmund Das kennt jeder: Gerade hat man sich auf den vor einem liegenden Text konzentriert, schon klingelt das Telefon. Oder ein Kollege klopft an der Tür. Oder eine wichtige SMS geht ein. Da ist Multitasking gefragt, wie das Abarbeiten mehrerer Dinge zur gleichen Zeit neudeutsch genannt wird.

Doch auch wenn sie bisweilen gerade für Führungskräfte unausweichlich ist: Effektiv ist diese Form des Arbeitens nicht. Warum, lässt sich in der Broschüre der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Baua) „Bitte nicht stören! Tipps zum Umgang mit Arbeitsunterbrechungen und Multitasking" nachlesen. Wer bei der Konzentration auf eine Tätigkeit gestört wird, braucht nach der Rückkehr eine Weile, um sich neu in den Sachverhalt einzuarbeiten. Diese Zeit hätte ohne die Störung gespart werden können.

Auf 41 Seiten finden sich in der Broschüre Erklärungen und Empfehlungen zum Phänomen Multitasking. Die Autoren benennen das gesundheitliche Risiko, das von dauerhafter Mehrfachbelastung ausgeht, und führen Möglichkeiten an, diese zumindest zu reduzieren. Jeder ist gefordert, allzu unbedachte Störungen der Kollegen zu unterlassen. Gänzlich vermeiden lassen sich Unterbrechungen natürlich nicht. Der Tipp der Bundesanstalt lautet deshalb: Notieren Sie Stichworte. Das helfe, um bei komplexen Aufgaben an bereits Gedachtes schnell wieder anknüpfen zu können. mko

➜ Internet: www.baua.de/de/Publikationen/Broschueren/A78.html

Fortbildung

Gute Wissenschaftsmanager denken an sich und ihre Stärken: Ein Kongress bietet Raum zur Reflexion

Kopenhagen Jahrein, jahraus kümmern sich Führungskräfte um das Fortkommen ihrer Organisation. Wie es ihnen dabei geht, spielt in der Regel keine Rolle. Vom 13. bis 16. Mai wird das anders sein. Beim Kongress des internationalen Netzwerks der Forschungsmanagementgesellschaften Inorms (International Network of Research Management Societies) in Kopenhagen stehen die Führungskräfte selbst im Fokus.

In Vorträgen und Workshops werden Aspekte von Leitungsaufgaben beleuchtet und darüber diskutiert, wie die Interaktion und Kooperation von Führungskräften mit Forschern, Förderern und Verwaltungsangestellten verbessert und interdisziplinäres Arbeiten angeregt werden könnte. Außerdem geht es um die Frage, inwieweit Wissenschaftsmanager Einzelkämpfer oder Teil einer Gruppe sein sollten. Auf dem Programm stehen Präsentationen zu praktischen Themen wie der Eröffnung eines Forschungsbüros oder zur Aufgabe von Gutachtern. In Workshops werden die Möglichkeiten sozialer Medien für das Forschungsmanagement evaluiert und wird vermittelt, wie man erfolgreich Förderanträge schreibt. Die Tagungskosten betragen 790 Euro, für einen halbtägigen Workshop sind zusätzlich 100 Euro zu zahlen. mko

Foto: Tivoli Congress Center

Im Tivoli Kongresszentrum in Kopenhagen diskutieren Chefs über Leitungsaufgaben.

➜ Internet: www.inorms2012.com/index.html

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: privat

Jens Eisermann lehrt und forscht an der Freien Universität Berlin.

Mobbing

„Der Grat zwischen Durchsetzungsvermögen und Aggressivität ist schmal“

Der Berliner Wirtschaftspsychologe Dr. Jens Eisermann hat bei einer Befragung von rund 4300 Beschäftigten herausgefunden: Mobbing ist in Deutschland Chefsache.

duz *Herr Eisermann, was genau ist eigentlich Mobbing?*

Eisermann Wir greifen in unserer Befragung auf die Definition des schwedischen Mobbing-Forschers Heinz Leymann zurück. Er hat Mobbing als eine negative Form der Kommunikation zwischen zwei Parteien definiert, die asymmetrisch verläuft, also nur von einer Seite ausgeht und mindestens einmal in der Woche über einen Zeitraum von mindestens einem halben Jahr stattfindet.

duz *Negative Form der Kommunikation heißt ...?*

Eisermann Das können vielfältige Arten von Konflikten sein, wenn der Chef einen Mitarbeiter anschreit zum Beispiel, wenn er ihm ohne Erklärung Arbeitsaufgaben entzieht, wenn ein Kollege einem anderen Informationen vorenthält, die für seinen Job wichtig sind, oder Gerüchte streut, die einen anderen schlecht dastehen lassen.

duz *Wer mobbt typischerweise wen?*

Eisermann Dem Klischee nach spielt sich Mobbing oft unter Mitarbeitern ab, die auf der gleichen Hierarchiestufe stehen. In der Realität sieht das anders aus. Bei jedem zweiten Mobbingfall ist der Chef der Aggressor. Das nennt man Bossing. In jedem fünften Fall kommt es zum klassischen Mobbing, das unter hierarchisch Gleichgestellten stattfindet. Im Fall von Aggressionen durch Untergebene spricht man von Staffing.

duz *Der Chef ist aber in gewisser Weise immer schuld, auch wenn er nicht selbst mobbt?*

Eisermann In den meisten Fällen ist er in irgendeiner Weise an den Schikanen beteiligt. Aber auch in den 30 Prozent der Fälle, in denen er nichts von den Attacken mitbekommt, schneidet er schlecht ab. Denn das heißt, dass er das soziale Gefüge in seiner Abteilung nicht kennt.

duz *Warum wird gemobbt?*

Eisermann Das können wir bisher nur vermuten. Wir gehen im Sinne der allgemeinen Aggressionstheorie davon aus, dass Aggression als Instrument eingesetzt wird, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, etwa den Mitarbeiter unter Druck zu setzen und ihm mehr Leistung abzuverlangen. Ein Motiv könnte auch die Selbstregulation des Chefs durch Aggression sein oder gruppendynamische Prozesse, in denen das Wir-Gefühl gestärkt wird, indem man einen Sündenbock für Mangelhaftes benennt.

duz *Trifft Mobbing die Schwachen?*

Eisermann Nein, es kann jeden treffen, egal welche charakterlichen Dispositionen er mitbringt.

duz *Es kommt in Hochschulen wie in Unternehmen vor?*

Eisermann Überall dort, wo es Hierarchien gibt und Ziele erreicht werden sollen. Der Grat zwischen Durchsetzungsvermögen und Aggressivität ist schmal.

duz *Können Chefs Mobbing verhindern?*

Eisermann Sie sind für das, was in ihrem Bereich passiert, verantwortlich. Vorgesetzte müssen sich darüber klar sein, dass sie mit dem Arbeitsklima, das sie schaffen, enorm die Leistung und Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter beeinflussen.

duz *Sie raten zu partizipierender Führung.*

Eisermann Werden Mitarbeiter in Entscheidungen eingebunden und gibt es eine offene Gesprächskultur, stärkt das den Zusammenhalt. In solcher Atmosphäre lassen sich Konflikte lösen – bevor sie zum Mobbingfall eskalieren.

➜ **Email:** jens.eiserman@fu-berlin.de

Marion Koch ist Journalistin in Berlin.

Ausschreibungen aus Europa

Geschichte und Islam

Henkel-Stiftung fördert Auslandsaufenthalt

Brüssel/Düsseldorf Die Gerda Henkel Stiftung schreibt mit der Europäischen Kommission zum zweiten Mal das „M4Human-Förderprogramm“ aus. Unterstützt werden zweijährige Auslandsaufenthalte. Bis zum 15. Juni können sich Nachwuchsforscher und erfahrene Wissenschaftler mit Projekten zu historischen Geisteswissenschaften und dem Thema „Islam als moderner Nationalstaat und transnationale Bewegungen“ bewerben.

➜ **Internet:** www.gerda-henkel-stiftung.de/m4human

Spitzenwissenschaftler

Forschungsrat vergibt wieder Stipendien

Brüssel Exzellente Geistes- und Sozialwissenschaftler, die an einer Forschungseinrichtung in einem EU-Mitgliedsstaat arbeiten wollen, haben bis zum 11. April Zeit, sich beim europäischen Forschungsrat ERC (European Research Council) um Stipendien zu bewerben. Dann endet die Antragsfrist für das Förderprogramm, das der ERC für erfahrene Spitzenwissenschaftler vorhält.

➜ **Internet:** www.eubuero.de/erc-adg.htm#Aktuell

Grüne Technologie

Zusammenarbeit mit Korea

Berlin Mit Projekten zu Umweltschutztechnik, erneuerbaren Energien oder dem Risikomanagement bei Naturkatastrophen können sich Forschungseinrichtungen, Hochschulen sowie kleine und mittelständische Unternehmen mit koreanischen Partnern um eine Förderung bewerben. Das Programm Koranet stärkt neu initiierte und bereits bestehende Kooperationen. Anträge sind bis zum 6. April elektronisch einzureichen.

➜ **Internet:** www.bmbf.de/foerderungen/17961.php

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: fotolia

Griechenland, Italien, Spanien, Portugal oder auch die Niederlande: die Politik setzt in großen Teilen Europas den Rotstift bei den Hochschulen an.

Europas Hochschulen bekommen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise immer stärker zu spüren. Das zeigt der jüngste Finanzbericht des europäischen Universitätsverbands.

von Benjamin Haerdle

Wissenschaftsfinanzierung

Rotstift-Regiment schlägt weitere Schneisen in Europas Hochschullandschaft

Warwick Wenn Thomas Estermann auf der Jahrestagung des Hochschulverbands EUA (European University Association) Ende März im britischen Warwick die neuesten Kürzungen der Hochschuletats in Europa in Prozente und Zahlen fasst, werden auch deutsche Hochschulchefs die Ohren spitzen müssen. In Deutschland hält sich das Sparfieber zwar in Grenzen, doch im Ausland erfasst es Universitäten reihenweise. Das kann den auf Exzellenz und internationale Kooperationen bedachten Rektoren und Präsidenten in Deutschland nicht egal sein.

Die Fakten, die Estermann für den diesjährigen Finanzbericht der EUA präsentieren muss, zeichnen ein Bild von einem europäischen Hochschulraum, der sich im Rückwärtsgang befindet. Griechenlands Hochschuletat verzeichnet im Vergleich zu 2010 ein Minus von 35 Prozent. In den Niederlanden sind es zehn und in Irland müssen die Hochschulen mit sieben Prozent weniger Geld auskommen. Wenig Gutes verheißt auch der Blick in die Zukunft: Italien beispielsweise muss bis 2013 etwa 20 Prozent der Hochschulausgaben im Vergleich zum Jahr 2010 einsparen. Und auch die Niederlande müssen ihre Ausgaben bis 2014 noch einmal um weitere zehn Prozent zusammenstreichen. „Der Trend der Vorjahre, dass die Länder die Hochschulbudgets kürzen, hat sich 2011 fortgesetzt", sagt Estermann. Und nicht nur das. Es kommen Länder dazu, die voriges Jahr noch keine oder nur geringe Kürzungen verzeichneten. Portugal beispielsweise musste für 2011 ein Minus von rund 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verkraften. Auch für Spanien rechnet Estermann mit einem deutlichen Minus.

Gravierend sind die Kürzungen, weil die nationalen Zuwendungen laut EUA im Durchschnitt rund 75 Prozent der gesamten Einnahmen einer Hochschule ausmachen. Was passieren kann, wenn der Rotstift regiert, ist im EUA-Finanzbericht des Vorjahres nachzulesen: Hochschulen, Institute und Fakultäten werden zusammengelegt, Lehrpersonal entlassen, Gehälter für Wissenschaftler gekürzt.

Wurde zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 verstärkt an Lehrausgaben gespart, nehmen die Finanzminister mittlerweile stärker die Mittel für die Forschung ins Visier. „Zunehmend werden die Forschungsbudgets gekürzt", sagt Estermann und nennt als Beispiele Spanien und Italien. Die Kürzungen dürften sich langfristig auf die grenzüberschreitende Forschungszusammenarbeit auswirken.

Entwarnung gibt derzeit aber beispielsweise das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). „Die Furcht ist unbegründet, da die Kooperationen mit internationalen Hochschulen meist über Forschungsprojekte getragen werden, die extern finanziert werden", sagt KIT-Präsident Prof. Dr. Horst Hippler. Forschungsstarke und finanzkräftige Hochschulen wie das KIT können Partnerschaften über Projektmittel der EU-Forschungsprogramme und der Industrie wohl gut abfedern, kleinere Hochschulen dagegen sicherlich weniger. Estermann: „Natürlich freut es uns, dass die EU-Kommission deutlich mehr Geld in Programme wie Erasmus oder Horizon 2020 investieren möchte." Aber das reiche nicht aus. „Das, was Brüssel zusätzlich ausgeben möchte, ist im Vergleich zu dem, was national gekürzt wird, nur ein Tropfen auf den heißen Stein", sagt Estermann. So werden sich Hochschulen um alternative Finanzierungswege und -partner etwa in der Wirtschaft bemühen müssen. Doch auch die liegt in vielen Ländern am Boden.

➜ **Internet:** www.eua.be

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Nur ein Viertel aller Europäer weiß, dass die Notrufnummer 112 in ganz Europa gilt. Da möchte man auf einer Konferenz nicht vom Podest fallen oder auf Dienstreisen in einen Unfall geraten. Wer weiß, wen die Einheimischen dann anrufen?

➜ **Internet: www.112.eu**

ZAHLEN **112**

Studiengebühren

Abschluss zum halben Preis für Frühaufsteher

Coventry Das höchste britische Gericht, der High Court, hat Mitte Februar entschieden, dass 9000 Pfund pro Studienjahr, also rund 10750 Euro, nicht gegen das Menschenrecht auf Bildung verstoßen. Die Richter wiesen damit eine entsprechende Klage zweier Studenten ab.

Diese könnten sich nun an der University Coventry einschreiben. Dort wurde im vergangenen Herbst ein College eröffnet, an dem man ab dem kommenden September zum halben Preis studieren kann. Und zwar für genau 4800 Pfund (5730 Euro). Bedingung dafür ist aber, dass man am Campusleben so gut wie nicht teilnimmt. Weder darf man in die Mensa, noch zum Uni-Sport. Sogar die Bibliothek ist tabu.

Die Logik dahinter ist simpel: Wer nicht voll bezahlen kann oder möchte, bekommt eben auch nicht den vollen Service. Hinzu kommt, dass die Kurse entweder ganz früh oder spät abends beginnen. Diesen Abschluss zum halben Preis („Half Price Degree“) bietet das Coventry University College mit der Begründung an, dass durch die jüngsten Entwicklungen in der Hochschulbildung in England das Bedürfnis nach unterschiedlichen Stilen und Arten der Wissensaneignung entstanden wäre. Der Vizerektor der Universität Ian Dunn nennt das lebensförmiges Lernen („life-shaped learning“): „Unsere Fahrpläne sind so konzipiert, dass die Studenten ihr Studium rund um ihren Beruf, um Teilzeitarbeit oder häusliche und private Pflichten herum organisieren können.“ So kann man alle Kurse im Rahmen eines Teilzeit- oder als ein Vollzeitstudium wählen.

Die Universität wendet sich mit dem College vor allem an Berufstätige, aber auch an Studenten, die höhere Abschlüsse für ihr künftiges Arbeitsleben suchen. Die Kurse orientieren sich an den von Berufsverbänden festgelegten Qualifikationen. Abschlüsse kann man in Wirtschaft, Recht, Marketing, Pflege, Tourismus, Rechnungswesen oder Projektmanagement machen. hck

➜ **Internet: wwwm.coventry.ac.uk/cuc**

Führungskompetenzen

Hochschulmanager wünschen breiteres Weiterbildungsangebot

Die Leitung einer Hochschule stellt Rektoren und Präsidenten in ganz Europa vor Probleme. Um die Managementaufgaben besser erfüllen zu können, wünschen sie sich mehr Training.

Oslo Seit einem guten Jahrzehnt ist es offensichtlich: Die Anforderungen an die Managementqualitäten von Führungskräften an Hochschulen steigen. Eine im Januar veröffentlichte Umfrage unter rund 360 Hochschulverantwortlichen aus ganz Europa zeigt nun, dass sich Europas Hochschulbosse dafür nicht in ausreichendem Maß gewappnet sehen.

Professor Dr. Peter Maassen, Bildungsforscher an der Universität Oslo und Direktor der Gesellschaft für Hochschulentwicklung Hedda (Higher Education Development Association), hat die Studie gemeinsam mit Dr. Attila Pausits von der Donau-Universität Krems erstellt. Durchgeführt wurde die Befragung im Rahmen des Projekts Modern, das sich mit der Modernisierung des europäischen Hochschulmanagements befasst hat (www.highereducationmanagement.eu). „Aus den Antworten ergibt sich ein deutlicher Aus- und Weiterbildungsbedarf im Managementbereich“, sagt Maassen. So war beispielsweise aus jeder zweiten Antwort ersichtlich, dass für die Besetzung von Managementpositionen keine klaren Einstellungskriterien für die Bewerber existieren. Ein Viertel der Teilnehmer wusste nicht einmal, ob ihre Hochschule solche Einstellungskriterien überhaupt besitzt.

Qualifizierungsbedarf sehen die befragten Hochschulmanager in nahezu allen Bereichen, vor allem aber in klassischen Managementaufgaben wie Finanzierung oder Personalwesen. Bedarf in Internationalisierung etwa oder im Umgang mit Medien sehen sie hingegen weniger. Die Aus- und Weiterbildungsangebote für Führungskräfte an Hochschulen sind überschaubar, aber vorhanden – vom Master-Programm bis zur speziellen Fortbildung für Praktiker. Auf der Modern-Webseite sind derzeit rund 40 bis 50 Angebote aufgelistet. „Wenn es um die Teilnahme geht, sind die Interessenten allerdings häufig auf sich allein gestellt“, sagt Attila Pausits. Aus Zeit- und Kostengründen würden viele am Ende nicht daran teilnehmen.

Die Umfrage-Ergebnisse sind in dem Bericht mit dem Titel „Mapping the field – The needs and supply of Higher Education Management Programmes“ zusammengefasst. Sie können auf der Modern-Seite heruntergeladen werden. rk

Kontakt

Prof. Dr. Peter Maassen
Hochschulforscher an der Universität Oslo und Direktor der Higher Education Development Association (Hedda)
Mail: peter.maassen@ped.uio.no
Internet: http://uv-net.uio.no/wpmu/hedda/

Foto: privat

Peter Maassen, Professor für Hochschulforschung an der Universität Oslo

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

WISSEN

Besser die Taille messen als die Hüfte. Das empfehlen Forscher vom Deutschen Institut für Ernährungsforschung und treten damit einem neuen Trend aus den USA entgegen. Wer wissen will, ob er gesund lebt, braucht also weiterhin nur auf den Bauch zu schauen.

Foto: colourbox

➜ **Internet:** www.dife.de

Zwei Jahre haben fünf Technische Universitäten Zeit, sich mit Zuschüssen der Europäischen Kommission neu zu erfinden. Die Hälfte davon ist mittlerweile um. Wurden Fortschritte erzielt?

Hochschulentwicklung

Europas Flaggschiffe der Wissenschaft überholen sich selbst

Madrid Es ist wieder einmal Oxford, die altehrwürdige Universität 90 Kilometer nordöstlich von London, die als gutes Beispiel vorangeht. „Besonders bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen gibt die Uni ein extrem gutes Bild ab“, sagt Dr. Philipp Sandner. Er ist Managementexperte am Lehrstuhl für Strategie und Organisation der Technischen Universität München (TUM). Seit einem Jahr befasst er sich genauer mit dem Erfolgsgeheimnis der britischen Uni.

Oxford ist, wie die Hochschule an der Isar, Partner des EU-weiten Projekts Ulab. Das Kürzel steht für ”Europäisches Laboratorium für die Modellierung technischer Forschungsuniversitäten von morgen“. Hochgestochen formuliert könnte Ulab auch als Elite-Denkfabrik bezeichnet werden. Nur fünf Universitäten gehören ihr an. Dieser kleine Kreis soll Lösungsstrategien für die wichtigsten Herausforderungen entwerfen, vor denen technische Universitäten heute stehen. Dazu gehören die Forschungsförderung genauso wie der Wissenstransfer, Ausgründungen und eben Marketing. Zu Ulab gehören technische Universitäten in Turin, Paris, Madrid, München und die Universität Oxford. Letztere ist die einzige Teilnehmerin, die keine rein technische, sondern eine allgemeine Universität mit technischem Schwerpunkt ist. In dem Projekt ist jedes Mitglied für ein Aufgabenfeld zuständig, koodiniert wird die Arbeit von Madrid aus. Nach einem Jahr gemeinsamen Schaffens haben die fünf nun ihre Halbzeitbilanz vorgelegt. Erstellt wurde etwa eine Sammlung von Vorzeigebeispielen, die zum Teil bereits von anderen Hochschulen im Pilotverfahren übernommen werden. Auf 300 Seiten sind darüber hinaus die Ergebnisse von Workshops, Sitzungen und Konferenzen im vergangenen Jahr dokumentiert.

Darin kann man etwa von „Biotec“ lesen,

> *"Wir müssen das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Wir lernen voneinander."*

einem Vorbildprojekt der Madrider Politècnica, das von den Fachbereichen Medizin, Biologie und Pharmazie getragen wird. Es gilt als erfolgreiches Modell für Interdisziplinarität, Personalrekrutierung und internationale Vernetzung. Ob das Konzept auch in Turin funktioniert, soll nun getestet werden.

Wie so oft in der Wissenschaft wäre auch dieses Projekt ohne bereits bestehende persönliche Kontakte zwischen Angehörigen der fünf Hochschulen nicht zu denken. Gemeinsam wurde die Idee entwickelt und der Antrag in Brüssel eingereicht. Mit insgesamt 600 000 Euro fördert die Europäische Kommission die Planspiele der technischen Universitäten.

100 000 Euro davon gingen an die TUM. Die Kosten für Ulab sind damit aber längst nicht gedeckt. Fünf Beschäftigte sind allein in München damit betraut, dazu kommen Zuarbeiten von 25 Experten. Die Erwartung der TUM besteht nach Worten des dortigen Projektleiters Sandner schlicht darin, ”auf hohem Niveau Impulse für ihre Weiterentwicklung zu erhalten”.

Wenn die Abgesandten der Partnerunis zu ihren Treffen in Spanien, Italien, Frankreich, Deutschland oder auch Großbritannien fahren, geht es allerdings nicht in erster Linie um Konzepte für exzellente Forschung oder die Akquise von Drittmitteln aus der Industrie. „Das ist nicht unser Ziel“, sagt der spanische Chefkoordinator, Prof. Gonzalo León. „Das Projekt soll vielmehr dazu beitragen, das Management an

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: privat

Der Brite David Secher ist unabhängiger Berater für Technologietransfer und Patentrecht. In diesen Bereichen war er zuvor für die Universität Cambridge tätig.

Foto: fotolia

Von wegen Trockendock: Hochschulen können sich keine Pause leisten. Der Umbau erfolgt bei voller Fahrt. Das ist auch und gerade bei Elite-Universitäten der Fall.

Hochschulen zu verbessern." In Madrid ist León Vizepräsident für Forschung. Ulab vertritt er in mehreren europäischen Gremien und diskutiert mit Rektoren und Experten über Vorgehensweisen, die so erfolgreich sind, dass sie als Blaupause für andere Hochschulen dienen könnten. „Wir müssen in Europa das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Wir lernen gegenseitig voneinander", sagt er. Wie lassen sich Strukturen effizienter machen? Wie arbeiten Fakultäten effektiver zusammen? Was fördert Interdisziplinarität? Darum geht es.

Dabei versteht sich das Projekt als offene Einheit. Im Beirat ist der europäische Universitätsverband EUA (European University Association) genauso vertreten wie die italienische Rektorenkonferenz. Auch die TU9, der Verband der neun führenden Technischen Universitäten in Deutschland, schickt einen Vertreter. Seit November sitzt der ehemalige Vorsitzende der Fakultätentage der Ingenieurwissenschaften und pensionierte Informatikprofessor Dr. Manfred Nagl im Beirat. Selbst an einzelnen Ulab-Aktionen können sich Hochschulen beteiligen. Anfang Februar schrieb die Universität Oxford etwa einen Onlinewettbewerb aus, bei dem sich Hochschulen bewerben können, wenn sie neue Ansätze in der Öffentlichkeitsarbeit erproben oder bereits umgesetzt haben.

Der dahinterstehende Gedanke: Nicht nur die fünf Teilnehmer-Universitäten, sondern Hochschulen in ganz Europa sollen am Ende von Ulab profitieren. In einem Weißbuch sollen die Ergebnisse zusammen mit Empfehlungen veröffentlicht werden. „Wir ziehen keinen Zaun um den Verband", sagt Nagl.

An den TUs in Deutschland ist das Projekt noch wenig bekannt. Er habe davon noch nichts gehört, sagt etwa Prof. Dr. Karl Lenz, Prorektor für Universitätsplanung an der TU Dresden. Das angekündigte Weißbuch werde er sich ansehen.

➜ **Internet: www.ulab-fp7.eu/**

Marion Koch ist Journalistin in Berlin.

Experten-Interview

„Briten möchten ein Ziel vor Augen haben"

Wenn Nord- und Südeuropäer an einem Projekt arbeiten, bringt das nicht nur fachlich weiter, sagt Dr. David Secher. Der Hochschulexperte ist Mitglied des Ulab-Beirats.

duz *Herr Secher, Sie halten Arbeitsgruppen, die aus Süd- und Nordeuropäern bestehen, für besonders gewinnbringend. Warum?*

Secher Solche interkulturellen Gespräche bergen eine besondere Dynamik, interessante Ergebnisse – und sind oft auch eine gewisse Herausforderung.

duz *Die wäre?*

Secher Das fängt schon bei der Art und Weise an, wie mit der Diskussion über den Austausch von Musterbeispielen begonnen wird. Briten beziehen sich gern auf eine Tagesordnung und möchten ein Ziel vor Augen haben. Südeuropäer bevorzugen, sich erst einmal kennenzulernen. Anstatt dann Punkt für Punkt eines Konzeptes abzuarbeiten, setzen sie auf eine diskursive Diskussion. Und das dauert eben ein bisschen länger.

duz *Das klingt nach alten Klischees. Ist Europas Wissenschaft nicht schon längst auf einer Wellenlänge?*

Secher Ganz und gar nicht. Der sehr wichtige Nebeneffekt dieses Projektes ist, dass es uns zeigt, wie Hochschularbeit in anderen EU-Ländern funktioniert. Es geht nicht darum, den einen richtigen Weg zu finden, sondern mit Modellen zu experimentieren, die anderswo Erfolg haben. Und das trifft auf jede der Ulab-Unis zu, auch in Bezug auf die Diskussionskultur.

duz *Wie lässt sich der interkulturelle Dialog verbessern?*

Secher Indem man sich Zeit gibt, Differenzen verstehen und schätzen lernt, anstatt zu versuchen, immer geradlinig zum Punkt zu kommen. Wir Briten etwa reden zum Einstieg gern ein paar Sätze über das Wetter. mko

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Anträge formulieren, Konferenzen organisieren – das muss jeder Forscher können. Und Studenten? Ja, dachte der Genetiker Wolfgang Nellen und konzipierte vor 15 Jahren ein Lehr-Modell, das jetzt international Schule machen soll.

Foto: privat

Wolfgang Nellen

von Benjamin Haerdle

Wissenschaftsmanagement im Bachelorstudium

Biologieprofessor setzt neue Maßstäbe für die Nachwuchsförderung

Kassel Die Lehre in den Bachelor-Studiengängen gilt oft als dröge und langweilig, als ein reines Vermitteln von Fakten. Der Genetikprofessor Dr. Wolfgang Nellen von der Universität Kassel versucht mehr als Fachwissen weiterzugeben. Vor 15 Jahren gründete er Science Bridge – ein mobiles Schülerlabor. Die molekulargenetischen Experimente sorgen nicht nur für Spaß im Klassenraum, auch Studierende mit wissenschaftlichen Ambitionen profitieren davon. Sie fungieren im Labor als Dozenten, akquirieren Drittmittel und lernen auf diese Weise das kleine Einmaleins des Forschungsmanagements.

Nun wird Science Bridge zur Blaupause in Europa. Nellen ist in den Lehrausschuss des europäischen Biologenverbands Federation of European Biochemical Societies berufen. Dort nimmt der 62-Jährige im März erstmals an einer Sitzung des Ausschusses teil, der Konzepte erarbeitet, Materialien entwickelt und Workshops zu Bildungsfragen durchführt. Nellens Ansatz soll dort für neue Impulse für die Lehre in Biochemie und Molekularbiologie sorgen.

Die Teilnahme an Science Bridge ist freiwillig. Rund 15 bis 20 Bachelor- und Master-Studierende finden an der Idee jedes Semester Gefallen und nutzen das Angebot, obwohl sie dafür keine Punkte angerechnet bekommen. Dafür lernen die Studierenden nicht nur, wie man Experimente entwickelt, Lehrmaterialien ausarbeitet oder Daten präsentiert, sondern auch für eine weitere Karriere im Forschungsmanagement elementare Fähigkeiten wie das Schreiben von Förderanträgen.

„Wir brauchen immer wieder Geld für Geräte und die Organisation von Veranstaltungen“, sagt Wolfgang Nellen, der seit 1995 an der Kasseler Universität lehrt und Science Bridge heute gemeinsam mit Dr. Jörg Klug von der Universität Gießen leitet. Für die Akquise der Drittmittel müssen Anträge geschrieben werden, etwa an die Robert Bosch Stiftung oder an regionale Stiftungen. Für die Studierenden ist das eine gute Übung, vor allem für jene, die später Karriere als Wissenschaftler oder Wissenschaftsmanager machen wollen: „Sie müssen ein gutes Konzept vorlegen, um Geldgeber überzeugen zu können“, erklärt Nellen. Die eingeworbenen Mittel werden dann zwar von der Universität verwaltet, Nellens Studierende müssen dafür aber die Kursgebühren und die Honorare für die studentischen Mitarbeiter abrechnen.

Da Science Bridge auch regelmäßig Tagungen veranstaltet, lernen die Studierenden zudem, wie solche Veranstaltungen organisiert werden. Von der Planung über das Einwerben von Sponsorengeldern und die Anfragen bei Referenten bis hin zum Tischerücken im Konferenzraum lernen sie somit vieles, was notwendig ist im Konferenzmanagement. Nellen: „Das würden sie so nie in der klassischen Lehre lernen.“

Kontakt

Prof. Dr. Wolfgang Nellen
Universität Kassel
Telefon 0561/804-4805
nellen@uni-kassel.de
www.sciencebridge.net

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: privat

Justus Haucap ist Direktor des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf.

Wo sich Lobbying lohnt

Webseite offenbart Abstimmungsverhalten

Straßburg Wie auf der europäischen Bühne Politik gemacht wird, ist für viele Außenstehende oft nur schwer zu durchschauen. Entsprechend schwierig wird es dann, will man sich mit guten Ideen an diejenigen Politiker wenden, die in den Ausschüssen von Forschung und Bildung sitzen und dort die Weichen für Förderprogramme wie Horizon 2020 oder Erasmus stellen. Für mehr Durchsicht sorgt das Internetportal www.votewatch.eu.

Votewatch offenbart das Abstimmungsverhalten der einzelnen EU-Parlamentarier. Die Daten belegen, dass die deutschen Vertreter in Straßburg bei Forschungsfragen deutlich stärker den europäischen Parteiinteressen folgen als nationalen Interessen. In der Bildung ist das Gegenteil der Fall. Alle 754 Abgeordneten hat Votewatch im Blick. Gelistet wird auf dem Internetportal etwa die Zahl der Anfragen, deren Inhalt, die Reden und Erklärungen sowie die Anwesenheit der Abgeordneten an Sitzungstagen im EU-Plenum in Straßburg seit 2004. Die stärkste Präsenz zeigt dieser Statistik zufolge der deutsche EU-Abgeordnete Daniel Caspary. Der CDU-Politiker ist Mitglied im Ausschuss Industrie, Forschung und Energie und war seit 2009 an allen 146 Tagen, an denen das Parlament tagte, anwesend. Die 100 Prozent-Quote schaffte sonst kein deutscher EU-Vertreter. Zudem war Caspary sehr fleißig: Er stellte 59 schriftliche Anfragen, hielt 46 Reden und schrieb 19 Anträge für Resolutionen.

Entwickelt haben die Internetseite Politikwissenschaftler der London School of Economics and Political Science (LSE). Der Organisation votewatch steht LSE-Politikprofessor Dr. Simon Hix vor. hbj

Kontakt

VoteWatch.eu
c/o European Policy Centre
Prof. Dr. Simon Hix
Telefon +44 20 7955-7657
Mail: secretariat@votewatch.eu

Preiskrieg im Publikationsgeschäft

„Den größten Einfluss haben die, die die Forschung finanzieren"

Forscher proben den Aufstand: Fast 7 000 Wissenschaftler boykottieren den Verlagskonzern Elsevier wegen dessen Preispolitik. Ist das Erfolg versprechend? Einschätzungen von Prof. Dr. Justus Haucap. Der Düsseldorfer Volkswirt ist Vorsitzender der deutschen Monopolkommission.

duz *Was meinen Sie, wird sich Elsevier dem Protest der Wissenschaftler beugen?*

Haucap Das wird nicht ganz einfach. In meiner Disziplin sind einige ganz wichtige Zeitschriften im Elsevier-Verlag verlegt. Vor allem für jüngere Wissenschaftler ist es schwierig, dort nicht mehr zu publizieren, denn die Magazine haben eine hohe Reputation. Auch für gestandene Wissenschaftler ist es nicht einfach, an den Journalen vorbeizukommen. Auch sie müssen oder wollen ihre Forschungskompetenz nach wie vor unter Beweis stellen.

duz *Haben Forscher Alternativen zum Publikations-Boykott?*

Haucap Wissenschaftler können sich von ihrer Tätigkeit als Gutachter und als Herausgeber verabschieden. Das wäre eine einfachere Möglichkeit, gegen die hohen Preise der Magazine zu protestieren. Allerdings haben frühere Aufrufe gezeigt, dass sich daran nicht viele Forscher beteiligen.

duz *Versucht wird ja auch, die Verlage mit neuen Journalen im Internet unter Druck zu setzen. Nur ...*

Haucap ... ist das ein Henne-und-Ei-Problem: Autoren schicken Texte bevorzugt zu Magazinen mit hoher Reputation, die auch oft zitiert werden. Ein neues Journal hat es daher schwer, gute Beiträge zu bekommen. Hat es aber keine guten Autoren, gibt es auch keinen Grund, daraus zu zitieren.

duz *Wenn nicht die Wissenschaftler, wer sonst kann die Verlage stoppen?*

Haucap Den größten Einfluss haben sicherlich die, die die Forschung finanzieren. Die Politik könnte Druck ausüben, dass mit deutschen Steuergeldern bezahlte Forschung frei oder zumindest zu bezahlbaren Preisobergrenzen zugänglich gemacht werden muss. Natürlich könnten auch Förderorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) darauf bestehen, dass von ihr geförderte Forschungsergebnisse preisgünstig verfügbar sind.

duz *Gibt es dafür Vorbilder?*

Haucap Die US-amerikanische Behörde für biomedizinische Forschung NIH (National Institutes of Health) macht das seit 2005. Wer NIH-Gelder einwirbt, verpflichtet sich, seine Forschungsergebnisse ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung frei zugänglich zu machen. Das wäre auch ein sehr guter Ansatz für Deutschland, denn niemand verzichtet gerne auf Fördermittel der DFG. Das kann sich keiner leisten.

duz *Die Vorherrschaft von Elsevier konnten die NIH dadurch aber nicht brechen.*

Haucap Die Verlage sind schwer zu ersetzen. Wenn Forscher einen ganz speziellen Artikel zu einer bestimmten Forschungsfrage lesen möchten, sind sie auf das Journal angewiesen, in dem sie genau diesen Beitrag finden. Sie können in aller Regel nicht auf einen anderen Aufsatz ausweichen. Die wichtigsten Aufsätze sind in besonders guten Zeitschriften, auf die keine Bibliothek verzichten kann. Dies nutzen die Verlage und setzen zum Teil sehr hohe Preise durch.

duz *Wann schaltet sich die Monopolkommission ein?*

Haucap Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir uns damit beschäftigen. In der Regel kümmern wir uns aber eher um Wettbewerb bei Energie oder Bahn. Für die meisten Bürger ist das wichtiger als die Monopolstellung von Fachverlagen. hbj

Kontakt

Prof. Dr. Justus Haucap
Universität Düsseldorf
Telefon: 0211/81-15494
Mail: justus.haucap@dice.uni-duesseldorf.de
Internet: www.monopolkommission.de

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

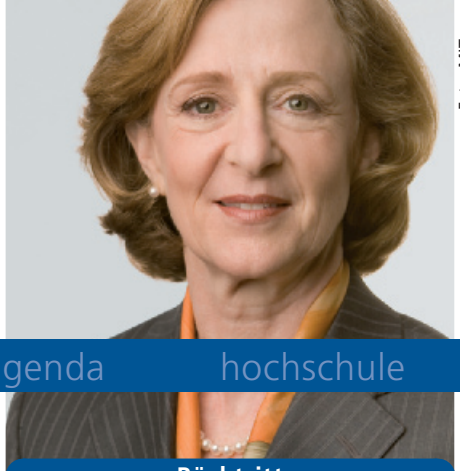

Foto: MIT

Susan Hockfield will keine weitere Fundraising-Kampagne mehr stemmen.

Rücktritt

MIT-Präsidentin gibt auf

Cambridge Die Präsidentin des US-Eliteforschungsinstituts MIT (Massachusetts Institute of Technology), Professorin Dr. Susan Hockfield, hat Mitte Februar ihren Rücktritt angekündigt. Die Entscheidung kam für viele überraschend. Hockfield hatte in den vergangenen sieben Jahren umgerechnet 2,23 Milliarden Euro eingeworben und damit die erfolgreichste Fundraising-Kampagne in der Geschichte des MIT geleitet. Eine weitere Spenden-Aktion sollte nun folgen. Genau diese wird nun ohne Hockfield vonstatten gehen müssen. Die Neurowissenschaftlerin erklärte, eine Kampagne dieser Größenordnung bedürfe der Kraft eines neuen Präsidenten. Hockfield bleibt im Amt, bis über die Nachfolge entschieden ist. Susan Hockfield war die erste Frau an der Spitze des MIT. ce

➜ **Internet:** http://web.mit.edu

Blockade in Griechenland

Ministerin will Reform mit Macht durchdrücken

Athen Die griechische Bildungsministerin Anna Diamantopoulou will die umstrittenen Wahlen der Hochschulräte notfalls auch elektronisch oder per Briefwahl durchführen lassen. Dies kündigte sie im Februar an und reagierte damit auf die anhaltenden Proteste gegen das Reformgesetz. Es sieht unter anderem die Bildung von extern besetzten Hochschulräten an den Universitäten vor. Studierende, Professoren und Dozenten hatten die geplanten Wahlen an mehreren Hochschulen, darunter auch an der Universität Saloniki, blockiert. Die Hochschulräte lehnen sie ab, weil sie darin eine Entdemokratisierung der Hochschulen sehen. Damit hat sich der Konflikt zwischen den Universitäten und der Ministerin verhärtet. Diamantopoulou will den Geldfluss an die Hochschulen erst dann wieder uneingeschränkt laufen lassen, wenn die Räte gewählt sind. Rücktrittsforderungen lehnt Diamantopoulou ab. ce

➜ **Internet:** www.minedu.gov.gr

Wissenstransfer

Acatech fordert Mentorenprogramme

Berlin Erfahrene Unternehmer sollten akademische High-Tech-Ausgründungen von Forschungseinrichtungen als Mentoren unterstützen. Sie könnten etwa juristisch und betriebswirtschaftlich beraten und Kontakte zu Experten vermitteln. Das fordert die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) in einem Positionspapier, das sie Ende Februar in Berlin vorgestellt hat. Das Papier basiert auf der Studie „Mehr Innovationen für Deutschland“, für die unter anderem Verantwortliche aus Gründerzentren und Technologietransferstellen befragt worden waren. rk

Braindrain

Ungarn möchte Studenten zum Bleiben zwingen

Budapest Die Ende 2011 verabschiedete Hochschulreform sorgt nicht nur für Proteste in Ungarn, sondern für Debatten auf europäischer Ebene. Die Studierendenvereinigung ESU (European Students Union) kritisiert, dass Studierende in Ungarn künftig einen Vertrag unterzeichnen müssen, sobald sie staatliche Fördermittel erhalten. Darin verpflichteten sie sich, nach Studienabschluss in Ungarn zu bleiben. Diese Präsenzpflicht soll sich auf einen Zeitraum erstrecken, der doppelt so lang ist wie die Studiendauer. Die ESU forderte die EU-Kommission auf, diese Regelung zu untersuchen. „Die Freiheit von Individuen einzuschränken, verletzt die Grundrechte eines EU-Bürgers“, sagte ESU-Vorsitzender Allan Päll. ce

➜ **Internet:** www.esu-online.org

Exzellenzförderung

Programm auf Eis gelegt

Madrid Das spanische Exzellenzprogramm CEI (Campus de Excelencia Internacional) scheint wegen der Wirtschaftskrise in eine Sackgasse zu geraten. Seit 2008 hatte die Regierung rund 700 Millionen Euro investiert. Nun zieht sie die Bremse. Betroffen davon sind Hochschulen in Regionen, die die Sparauflagen der Zentralregierung nicht einhalten können. Das Programm steht auf Stand-by, erklärte Spaniens Bildungsminister José Ignacio Wert im Februar. Die Universitäten in Burgos, Leon und Valladolid wollen das Exzellenzprojekt auch ohne die staatlichen Zuschüsse aufrecht erhalten. Der Vizekanzler für Forschung der Universität Burgos, Dr. Jordi Rovira, sagte, er sei zwar im Moment ratlos im Hinblick auf die Kompensation der Mittel, aber zugleich entschlossen durchzuhalten. Er hoffe, dass zumindest die bereits laufenden CEI-Projekte in den Jahren 2012 und 2013 abgeschlossen werden könnten. ce

➜ **Internet:** www.educacion.gob.es

Technologie-Studie

Drei-Prozent-Ziel ist „wenig ambitioniert“

Berlin Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, muss Deutschland nicht nur sein Ausbildungs- und Hochschulsystem verbessern, sondern auch deutlich mehr in Forschung und Innovation investieren. Das von der Bundesregierung formulierte Ziel von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 ist „wenig ambitioniert“. Zu diesem Schluss kommt die sechsköpfige Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Ende Februar hat sie Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Jahresgutachten 2012 vorgelegt. Darin fordern die Wissenschaftsexperten auch eine Grundgesetzänderung, die den Bund in die Lage versetzt, Hochschulen institutionell zu fördern (s. auch Meldung S. 11). rk

➜ **Internet:** www.e-fi.de

Qualitätsmanagement

Schärfere Kontrollen an Fachhochschulen

Amsterdam Die niederländische Regierung hat Anfang Februar angekündigt, die

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

SMS-Texte sind kein Sprachmüll. *Linguisten sammeln deshalb Zehntausende davon, um die mit Symbolen und Smileys durchsetzte Spezialsprache zu untersuchen. Sie sind überzeugt, dass die Kürze der Nachricht eine spezielle Würze in der Sprache erzeugt.*

Foto: colourbox

➜ **Internet:** www.sms4science.org; www.text4science.ca

Kontrollen der Fachhochschulen (FH) zu verschärfen. Übernehmen soll das Qualitätsmanagement die unabhängige Akkreditierungsbehörde NVAO (Nederlands-Vlaamse Accreditatieorganisatie). Von der NVAO ernannte Sachverständige sollen Hochschulen beurteilen und die Qualität von Abschlussarbeiten kontrollieren. Gleichzeitig solle die Zahl der staatlichen Inspektoren erhöht werden, die eingreifen können, sobald Hinweise auf Qualitätsmängel vorliegen. Die Regierung zieht damit Konsequenzen aus einem Skandal an der FH Windesheim. Dort erfüllten bei Nachkontrollen ein Viertel der Abschlussarbeiten im Fach Journalistik nicht die notwendigen Anforderungen. ce

➜ **Internet:** www.rijksoverheid.nl

EU-Forschungsfinanzierung

Bessere Förderung der Sozialwissenschaften

Kopenhagen Die Sozial- und Geisteswissenschaften sollen im künftigen EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 stärker berücksichtigt werden. Das forderten Europas Forschungsminister Ende Februar. Wie die Gesellschaftswissenschaften stärker in Horizon 2020 eingebettet werden könnten, diskutierten sie im Rat für Wettbewerbsfähigkeit. Nur mit den Sozial- und Geisteswissenschaften könnten aktuelle Herausforderungen überwunden werden, erklärte die österreichische Delegation. Nicht alle Probleme seien technisch zu lösen. Auch das Bündnis EAHS (European Alliance for Social Sciences and Humanities) appellierte an die EU-Kommission, Sozial- und Geisteswissenschaften mehr in den Fokus des neuen EU-Programms zu stellen. ce

➜ **Internet:** www.eash.eu

US-Haushalt

Mehr Geld für die Bildung

Washington US-Präsident Barack Obama will laut Haushaltsentwurf im Jahr 2013 das Bildungsbudget um 2,5 Prozent auf knapp 52 Milliarden Euro anheben. Wie er Mitte Februar erklärte, sei die Steigerungsrate in keinem anderen Bereich so hoch wie in der Bildung. Obamas Entwurf muss vor der Verabschiedung den Kongress passieren. Das gilt im Vorfeld der Präsidentschaftswahl aber als schwierig. Besonders strittig sind Obamas Pläne, die Vergabe der Hochschulmittel mit der Leistung der Studierenden und der Höhe der Studiengebühren zu verknüpfen. Obama will so die Bildungsqualität erhöhen und gegen die steigende Studierendenverschuldung kämpfen. Kritiker befürchten, dass darunter jene Institutionen leiden könnten, die einen erheblichen Teil ihrer Studierendenschaft aus bildungsfernen Schichten rekrutieren. ce

➜ **Internet:** www.whitehouse.gov

Hochschulreform

Bessere Absprachen bei Studienprogrammen

Dublin Die staatliche Behörde HEA (Higher Education Authority) drängt die irischen Universitäten dazu, ihre Studienangebote besser aufeinander abzustimmen. Dies geht aus dem Mitte Februar veröffentlichten Strategiepapier Towards a future higher Education Landscape hervor. Zudem sollen die Hochschulen ihre Programme stärker an den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft ausrichten. hbj

➜ **Internet:** www.hea.ie

Studiengebühren

Studie: Stipendien-Modell ist Schlüssel zum Erfolg

Paris Mit staatlichen Finanzhilfen kann es Hochschulsystemen gelingen, trotz hoher Studiengebühren für einen überdurchschnittlich guten Zugang zu höherer Bildung zu sorgen. Zu diesen Ergebnis kam Ende Februar die Organisation OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), die in einer Studie Förderprogramme und Gebührenmodelle der OECD-Staaten analysierte. Der Bericht aus der Reihe Education Indicators in Focus untersucht, wie ein möglichst guter Hochschulzugang mit den besten Zukunftsoptionen für Studierende kombiniert werden kann. Erreichen lasse sich dies laut OECD am ehesten, indem moderate Gebühren mit Studiendarlehen vermischt werden. ce

➜ **Internet:** www.oecd.org/edu

Bund-Länder-Kooperation

Schavan drängt zu mehr Zusammenarbeit

Berlin Die Bundesregierung will noch in dieser Legislaturperiode eine Grundgesetzänderung anstreben, damit Bund und Länder Hochschulen auch institutionell fördern können. Das teilte Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan Anfang März mit. Die Ministerin forciert bereits die Fusion des Berliner Universitätsklinikums Charité mit dem Max-Delbrück-Centrum (MDC) in Berlin. Die beiden Institutionen könnten ab 2014 zum Berlin Institute of Health verschmelzen, sagte Schavan Ende Februar. Nach Recherchen des Tagesspiegels erwägt der Bund, das Institut mit 60 Millionen Euro pro Jahr zu fördern.

Zurückhaltender äußerte sich Schavan dagegen beim Hochschulpakt. Ihrer Meinung nach sollten die Länder zunächst ihren eigenen Anteil am Hochschulpakt erfüllen, statt neue Forderungen aufzustellen. Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hatte an den Bund appelliert, sich an der Finanzierung zusätzlicher Studienplätze zu beteiligen. Zuvor hatte die Kultusministerkonferenz erklärt, dass entgegen einer früheren Prognose bis 2020 mit bis zu 750 000 zusätzlichen Studienanfängern zu rechnen sei.

Zugeknöpft gibt sich die Ministerin auch bei der W-Besoldung. Sie lehnte es ab, dass der Bund sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes künftig finanziell beteiligt. Der Deutsche Hochschulverband rief Anfang März seine Mitglieder auf W2-Stellen auf, rasch Widerspruch gegen ihre derzeitige Besoldung einzulegen. hbj

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: HAW Hamburg

Bernd Klöver ist Bundessprecher der Kanzler der Fachhochschulen in Deutschland.

Wahl in Frankreich

Elite-Unis mischen mit

Paris Im französischen Präsidentschaftswahlkampf spielen die Probleme der Hochschulen kaum eine Rolle. Der Verband der Elite-Hochschulen CGE (Conférence des Grandes Écoles) richtete deshalb Mitte Februar 20 Verbesserungsvorschläge an Amtsinhaber Nicolas Sarkozy und seine Herausforderer François Hollande sowie Marine Le Pen. Das Bündnis fordert mehr Ausgaben für Forschung und Lehre und beklagt, dass von den Milliarden-Förderungen nur wenige Exzellenzcluster und nicht das gesamte Hochschulwesen profitieren. ce

➜ **Internet:** www.cge.asso.fr

Hochschulgremien

Keine Lust auf Beirat

Stuttgart Vertreter von Unternehmen, die in den Aufsichtsräten der baden-württembergischen Hochschulen sitzen, wollen sich nicht auf die Rolle eines Beirates herabstufen lassen. Dies zeigte Ende Februar eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer. Sollte die Landesregierung wie angekündigt die Zuständigkeiten des Gremiums beschneiden, würden nur zehn Prozent der Wirtschaftsvertreter ihr Engagement fortsetzen. Hintergrund der Umfrage: In diesem und nächstem Jahr erarbeitet die Regierung konkrete Pläne für den Umbau. Eine Gesetzesnovelle ist erst für 2014 geplant. hck

Nachwuchs in Deutschland

Unis viel zu hierarchisch

Brüssel Starre Hierarchien an deutschen Unis sind eine Bremse für die nationale Forschung. Das sagte die Präsidentin des Europäischen Forschungsrates (ERC) Anfang März der Deutschen Presseagentur. Aus diesem Grund gingen viele deutsche ERC-Stipendiaten lieber ins Ausland, weil sie dort mehr Freiheiten hätten. In Deutschland müssten Nachwuchsforscher noch viel zu sehr ihren Professoren zuarbeiten. hck

Fachhochschulen

Forschung besser fördern

Berlin Eingeladen war die Arbeitsgemeinschaft der Hochschulkanzler nicht, als sich der Bildungsausschuss des Bundestags Ende Februar zum Thema Fachhochschulen unterhielt. Eine Stellungnahme haben die Fachhochschulchefs aber geschickt. Darin fordern sie eine Verstetigung der Hochschulpaktmittel für Fachhochschulen, sagt Bernd Klöver, der Bundessprecher der Hochschulkanzler. Zum anderen müsse die Forschungsförderung verbessert werden. rk

➜ **Internet:** www.kanzlernet.de

Kündigungswelle

Ohne Leistung keine Stelle

Sydney Beschäftigte der Universität Sydney müssen seit Ende Februar mit ihrer Kündigung rechnen, wenn sie nicht genügend wissenschaftlich publizieren. Weil die Hochschule sich als forschungsstarke Universität profilieren will, müssen die Wissenschaftler mindestens drei Veröffentlichungen in knapp drei Jahren vorlegen. Die Universität muss zudem sparen. Deshalb sollen 340 der 7 500 Mitarbeiterstellen wegfallen und die Kosten für akademisches Personal um 7,5 Prozent gekürzt werden. Aus Sicht der Hochschulgewerkschaft sind die Kürzungen „willkürlich und unfair". ce

➜ **Internet:** http://sydney.edu.au

Karriere

Humboldt-Stipendiaten schätzen Deutschland

Bonn Mehr als 80 Prozent der Wissenschaftler, die vor 20 oder mehr Jahren mit einem Stipendium der Humboldt-Stiftung geforscht haben, sind mittlerweile Professoren. Das zeigt eine Ende Februar veröffentlichte Evaluation des Stipendien-Programms. Die befragten Stipendiaten schätzen demnach die Förderung und den Forschungsaufenthalt in Deutschland für ihre Karriere hoch ein. Insgesamt wurden 17 000 Kontakt- und Förderdaten aus den Jahren 1970 bis 2009 ausgewertet. rk

➜ **Internet:** www.humboldt-foundation.de

Zulassung

Strafen für Hochschulen angedroht

London Die britische Organisation für Hochschulzulassung OFFA (Office for Fair Access) hat Ende Februar Professor Dr. Les Ebdon zum Leiter berufen und damit für politische Diskussionen gesorgt. Der Rektor der Universität Bedfordshire war Wunschkandidat von Wirtschafts- und Innovationsminister Dr. Vince Cable und wurde gegen heftige Widerstände durchgesetzt. Ebdon ist umstritten, weil er Hochschulen sanktionieren möchte, die den Zugang von benachteiligten jungen Erwachsenen zur akademischen Bildung nicht erleichtern wollen. Wie die Strafen konkret ausfallen sollen, steht noch nicht fest. Das Politikerbündnis FAUG (Fair Access to University Group) widersprach Ebdons Ansatz. Wie FAUG in einem Bericht darlegte, sollten bildungsferne Schichten schon in der Schule besser gefördert werden. ce

➜ **Internet:** www.offa.org.uk

Foto: University of Bedfordshire

Les Ebdon will Unis zur Öffnung gegenüber bildungsferne Schichten zwingen.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG
EUROPA
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Impressum

68. Jahrgang
Gegründet 1945 als ‚Göttinger Universitätszeitung'.

Herausgeber:
Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:
Leitende Redakteurin: Christine Prußky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prussky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de
Benjamin Haerdle (hbj), Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: b.haerdle@raabe.de
Redaktionsassistenz: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:
axeptDESIGN, Berlin

Satz und Grafik:
ESM Berlin

Druck:
Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:
Dr. Bernt Armbruster (bar), Frank van Bebber (fvb), Eva Keller (eke), Marion Koch (mko), Christine Xuân Müller (cxm), Harald Olkus (olk), Johann Osel (jo), Textagentur Café Europe (ce)

Titelfoto:
kallerna / wikimedia

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:
Christine Prußky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Stefanie Kollenberg, Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin, Tel.: 030 212987-31, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2012.

Kundenservice und Unternehmenssitz:
Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:
in duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA). Der Jahresbezugspreis beträgt 144 Euro, der Halbjahresbezugspreis 78 Euro (für Studierende, Promovenden und Referendare 41 Euro). Alle Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 EURO (für Studierende, Promovenden, und Referendare 35 EURO). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung wird Bezugs-, nicht Kalenderjahr bezogen gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Abo-Kündigung muss 6 Wochen vor Ende des Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.

ISSN-Nr. 1869 – 7402

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion angehören, kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:
Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbeanzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Forschung leidet unter irrationalen Aktionen

Madrid Spanien begeht wissenschaftlichen Selbstmord, kritisiert Dr. Amaya Moro-Martin vom spanischen Forschungsrat in Nature: „Die neue Regierung hat die nationale Forschungspolitik in das Wirtschaftsministerium verlegt. *(...)* Zum ersten Mal ist weder Wissenschaft noch Forschung in den Bezeichnungen der Ministerien vertreten. Das zeigt den Trend, die Bedeutung von Wissenschaft herunterzuspielen. *(...)* Natürlich befinden wir uns in einer Wirtschaftskrise. *(...)* Dennoch werden die irrationalen und drakonischen Aktionen der wissenschaftlichen Infrastruktur schaden. *(...)* Spanien muss seine Forschungsinvestitionen auf europäischen Standard bringen. *(...)* Auch braucht man ein mit dem deutschen Wissenschaftsrat vergleichbares Gremium, *(...)* das an einer nationalen Wissenschafts- und Technologiestrategie beteiligt ist."

(Nature, 16. Februar 2012)

➜ **Internet: www.nature.com**

Kultur des Schweigens tötet Meinungsfreiheit

Kopenhagen Die deutsche, an der Universität Aarhus dozierende Musikprofessorin Dr. Linda Maria Koldau hat öffentlich die Unterrichtsstrategie der humanistischen Fakultät in Aarhus kritisiert und daraufhin eine schriftliche Verwarnung der Universität erhalten. Die Vorsitzende des dänischen Magisterverbandes, Ingrid Stage, verurteilt diese Praxis in Politiken: „Es ist wichtig, dass diese Debatte ans Licht der Öffentlichkeit kommt. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Meinungsfreiheit von Professoren unantastbar ist. *(...)* Es sieht danach aus, als habe sich an den dänischen Universitäten eine Kultur des Schweigens etabliert, das ist sehr traurig und macht uns Sorgen. *(...)* Wir weisen schon lange darauf hin, dass die Universitäten ihren Status als kritische Stimme in der Gesellschaft aushöhlen. Der Fall Koldau stellt dies wieder unter Beweis."

(Politiken, 24. Februar 2012)

➜ **Internet: www.politiken.dk**

Wirbel um norwegische Absolventen-Datenbank

Oslo Die Personalberatung Rekruttering AS will eine Datenbank norwegischer Studienabsolventen ausbauen und kommerziell nutzen. Während die Norwegische Technische Universität in Trondheim und die Uni Bergen Daten ihrer Absolventen zur Verfügung stellen, weigert sich die Uni Oslo. Der Dekan der Jura-Fakultät in Oslo, Prof. Dr. Hans Petter Graver, sagt in Aftenposten: „Hier wird der Persönlichkeitsschutz von tausenden Menschen verletzt und das ist das Wichtigste hierbei. *(...)* Die Entscheidung des Wissenschaftsministeriums, dies zuzulassen und auf das Öffentlichkeitsprinzip zu verweisen, ist falsch. *(...)* In diesem Fall spricht wenig für Öffentlichkeit. Eine private Firma, die eine Datenbank für ihren Profit erstellen will, ist auf keinen Fall ein schwerwiegendes Argument."

(Aftenposten, 23. Februar 2012)

➜ **Internet: www.aftenposten.no**

Gemischte Bilanz für Sarkozys Reformen

Paris Prof. Dr. Louis Vogel, Vorsitzender der französischen Hochschulkonferenz, zieht in Les Echos eine gemischte Bilanz der fünfjährigen Amtszeit des Präsidenten Nicolas Sarkozy, dessen Universitätsreform scharf kritisiert wurde: „Die Dinge haben sich erkennbar bewegt. Zum ersten Mal seit sehr langer Zeit gab es Bemühungen um die Unis. *(...)* Man kannte vorher nur die Elitehochschulen. Leider beginnt das Geld auszugehen, obwohl die Aufholjagd noch nicht beendet ist. *(...)* Die Exzellenz-Initiativen hatten sichtbare positive Effekte, *(...)* aber auch polarisierende – geografisch wie disziplinär. Projektbasis sind oft Naturwissenschaften, auch wenn sie einen geistes- und sozialwissenschaftlichen Teil beinhalten. *(...)* Zuerst braucht man jedoch genügend Finanzmittel für Autonomie."

(Les Echos, 08. Februar 2012)

➜ **Internet: www.lesechos.fr**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

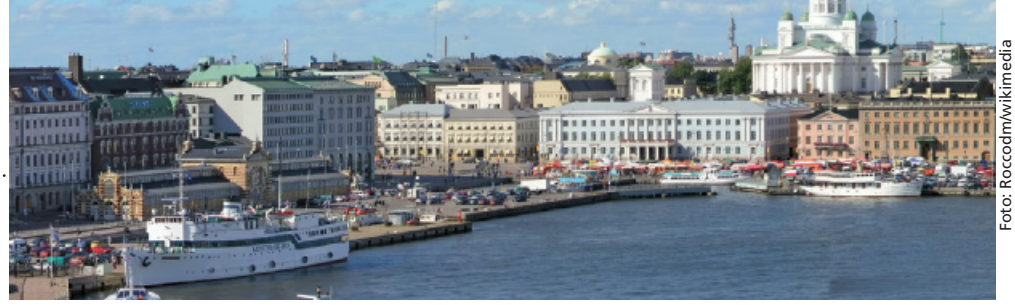

Foto: Roccodm/wikimedia

Helsinki ist die Hauptstadt Finnlands und mit knapp 600 000 Einwohnern die größte Stadt des Landes. Hier der Blick auf Bucht und Dom.

Von Jenni Roth

Finnland ein Jahr nach den Wahlen

Mit einem schlanken Hochschulsystem in den Wettbewerb

Helsinki In der finnischen Hauptstadt ist die Universität an jeder Straßenecke präsent. YA steht da: Yliopiston Apteekki, Hochschulapotheke. Die finnische Universität Helsinki betreibt die älteste Apothekenkette Europas. Sie erwirtschaftete zuletzt einen Umsatz von 268 Millionen Euro. Rund 50 Millionen Euro fließen jährlich an die Uni zurück.

Solche zusätzlichen Einnahmen sind bitter nötig. Der Staat fördert seine Hochschulen zwar jährlich mit rund 1,8 Milliarden Euro. Doch das reicht nicht aus. Zusätzlich zu dieser Grundfinanzierung müssen die Hochschulen Drittmittel einwerben. Im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) ist zudem insgesamt weniger zu verteilen. Der Staat gibt für diesen Bereich im laufenden Jahr 2,01 Milliarden Euro aus. Das sind 55 Millionen Euro weniger als 2011. Betroffen von den Kürzungen ist vor allem die Suomen Akatemia, die Finnische Akademie der Wissenschaften. Sie führt Spitzenwissenschaftler zusammen und pflegt internationale Kontakte. Und sie vergibt jährlich Fördergelder in Höhe von 200 Millionen Euro an Forschungsstellen. „Die Kürzungen treffen natürlich auch die Universitäten“, sagt Jaakko Kauko, Doktorand und Mitglied von Kupoli, einer Gruppe von Doktoranden, die an der Uni Helsinki Bildungspolitik erforscht.

Trotz der Einsparungen spielt Bildung in dem Land im hohen Norden Europas immer noch eine wichtige Rolle. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, ist in dem mit 5,3 Millionen Einwohnern dünn besiedelten Land bereits 2009 eine Hochschulreform beschlossen worden. „Durch sie sind die Hochschulen finanziell autonomer und rechtlich eigenständiger geworden”, sagt Dr. Hans-Peter Niller, zuständig für Nordische Länder beim Internationalen Büro des Bundesbildungsministeriums. Mit der Reform ging auch eine strukturelle Änderung einher. Die Zahl der Universitäten sank von 20 auf 16. „Um leistungs- und international wettbewerbsfähiger zu werden, wurden Hochschulen zusammengelegt und kleinere Standorte geschlossen“, sagt Niller, „damit sollen auch Verwaltungskosten eingespart werden. So kommen die finanziellen Mittel weniger Hochschulen zugute, womit Finnland auch für ausländische Wissenschaftler attraktiver werden will.“ Allerdings ist der Beamtenstatus für die Beschäftigten an Universitäten ebenfalls abgeschafft worden, wie Elias Pekkola und Prof. Dr. Jussi Kivistö von der Universität Tampere in der März-Ausgabe von Leadership and Governance in Higher Education schreiben (www.lg-handbook.info).

Ein Leuchtturmprojekt ist die Aalto-Universität, ein Zusammenschluss von Technischer Hochschule, Design- und Handelshochschule Helsinki. Sie soll als Innovations-Uni bis 2020 zu einer international führenden Hochschule ausgebaut und für Lehrende sowie Studierende aus aller Welt attraktiv werden. Der Deutsche Daniel Graff hat das ein Jahr junge Master-Programm mit aufgebaut. Sein Mantra: „Bei mir stehen die Türen offen, alle Studenten haben meine Handynummer und ich bin rund um die Uhr erreichbar.“ Aalto will „Weltklasse-Experten im globalen Design-Business-Management“ ausbilden. Graff fühlt sich dort gut aufgehoben: „Die Hierarchien in Finnland sind flacher, und man ist offen für neue Ideen aller Art.“

Ein herber Rückschlag drohte den Finnen, als im vergangenen Jahr die rechtspopulistischen und europafeindlichen „Wahren Finnen“ bei den Parlamentswahlen fast jede fünfte Stimme für sich gewinnen konnten. Doch an der Regierung sind sie nicht beteiligt, und sieht man sich heute an den Hochschulen um, haben sich diese Sorgen nicht bestätigt. „Wir sind absolut für

Finnland auf einen Blick

Grafiken: wikimedia

Hochschulreform In dem nordischen Land mit gut fünf Millionen Einwohnern sind an den Hochschulen etwa 145 000 Studierende immatrikuliert, an den Fachhochschulen 130 000. Die Universitätsreform von 2009 brachte eine Neuordnung der universitären Strukturen. Die Zahl der Hochschulen soll bis 2020 von 20 auf 15 reduziert werden, die Zahl der Fachhochschulen von 27 auf 18. Den Hochschulen wurde eine größere finanzielle Autonomie zugesprochen.

Spitzenbewertung Finnland ist in einigen OECD-Rankings an der Spitze. Es gibt 1,13 Top-500-Universitäten pro eine Million Einwohner (Deutschland: 0,49).

Internationaler Austausch Die meisten Austauschstudierenden kommen aus Deutschland. Der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz verzeichnet 758 deutsch-finnische Hochschulkooperationen. Das ist die höchste Zahl in Nordeuropa (Schweden: 707 Kooperationen).

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: Helsingin yliopisto

Thomas Wilhelmsson ist Rektor der Universität Helsinki.

Internationale Ausrichtung

„Wir waren überrascht über die Einschnitte“

Der Rektor der Universität Helsinki, Prof. Dr. Thomas Wilhelmsson, sieht die neue Autonomie positiv und hofft, dass die Hochschulen in Finnland finanziell besser ausgestattet werden.

duz *Herr Professor Wilhelmsson, was hat sich für Ihre Universität nach den Reformen geändert?*

Wilhelmsson Uns fehlt Geld. Das kann man aber nicht unbedingt der neuen Regierung in die Schuhe schieben. Es wurde davor schon gespart. Unser aktuelles Gesamtbudget beträgt 650 Millionen Euro. Das sind rund 10 Millionen Euro weniger als im vergangenen Jahr.

duz *Aber Finnland legt doch so viel Wert auf Bildung?*

Wilhelmsson Wir waren auch überrascht über die Einschnitte. Wir wollen und sollen bis 2015 ja auch europäischer Spitzenreiter im Hochschulsystem sein. Doch man muss dazu sagen: Es gibt zwar weniger Geld, aber wir können es sinnvoller aufteilen. Zum Beispiel haben wir jetzt viel mehr Mittel für die internationale Zusammenarbeit, und unsere Forschungsinfrastruktur ist exzellent.

duz *Was erhoffen Sie sich in Zukunft?*

Wilhelmsson Die Uni Helsinki zählt zu den zehn besten in Europa. Wir sind sehr glücklich über die Autonomie, die wir seit zwei Jahren haben. Wir können die Prüfungsordnung, den Lehrplan oder die Anzahl der Studienanfänger selbst bestimmen. Aber mehr Geld wäre schon gut.

duz *Was bieten Sie ausländischen Studierenden?*

Wilhelmsson Von insgesamt 35 000 Studenten sind bei uns 3000 aus dem Ausland. Wir wollen die Zahl mindestens verdoppeln. Wohl kaum ein anderes Land kann ihnen so moderne Gebäude, so eine gute Ausstattung und so professionellen Unterricht bieten. Außerdem ist die Atmosphäre sehr informell, die Hierarchien sind flach.

Die Fragen stellte Jenni Roth.

Europa und die EU, das ist das Gerüst unserer internationalen Zusammenarbeit”, sagt etwa Prof. Dr. Thomas Wilhelmsson, der Rektor der Universität Helsinki (s. Interview links).

Dennoch stehen die Hochschulen vor Herausforderungen. Politisch verantwortlich ist für sie seit einem dreiviertel Jahr Bildungsminister Jukka Gustafsson, Mitglied der im Juni 2011 gegründeten Sechs-Parteien-Koalition. „Angesichts der Wirtschaftskrise und des demografischen Wandels müssen auch die Hochschulen sparen“, sagt der Minister. Und das ist nicht das einzige Problem. „Bei sechs Regierungsparteien hat jeder seine Interessen“, sagt Janne Varjo, Forscher der Kupoli-Gruppe, „wir erwarten da keine großen Fortschritte.“ Gerade regionalpolitische Interessen würden in dieser Konstellation deutlich, da gebe es „ein Gezerre um Hochschulstandorte“. Doch eines haben die Unis in Stadt und Land gemein: Sie werben um ausländische Studierende. „Wir haben viel zu wenig Leute aus dem Ausland“, sagt Varjo. Dass man international offen sei, habe im Januar 2012 auch die Wahl des europafreundlichen Sauli Niinistö zum Präsidenten gezeigt, heißt es im Ministerium.

Der aktuelle Sparkurs steht auch dem finnischen Trend entgegen, wonach immer mehr Berufe einen Hochschulabschluss erfordern – vom Feuerwehrmann über die Krankenschwester bis zur Kindergärtnerin. Dabei ist ein akademischer Grad nicht leicht zu erwerben. Durchschnittlich schaffen nur 10 bis 15 Prozent der Studienbewerber die Aufnahmetests an Hochschulen.

Derweil hat Finnland seinen Spitzenplatz im internationalen Vergleich des Bildungsniveaus verloren. 1991 führten die Finnen das OECD-Ranking an. Damals hatte jeder dritte Finne einen Hochschulabschluss. 2009 waren es 38 Prozent, das reichte aber nur noch für Platz 18. „Unser Ziel ist, bis 2020 wieder einen Spitzenrang einzunehmen“, sagt Gustafsson.

Jenni Roth ist Journalistin in Berlin.

Der Minister

Foto: PM Office

Das Amt
Im April 2011 haben die Finnen ein neues Parlament gewählt. Die Sechsparteienkoalition wird von Premierminister Jyrki Katainen, Nationale Sammlungspartei (Kokoomus), geführt. Die Kulturpolitik wird vom Ministerium für Bildung und Kultur verantwortet. Es ist ein Doppelministerium. Minister Jukka Gustafsson (Foto, Sozialdemokratische Partei) leitet die Bereiche Bildung und Forschung. Minister Paavo Arhinmäki (Linksbündnis) ist unter anderem zuständig für Urheberrecht und die finanzielle Unterstützung von Studenten.

Die Vorgängerin
Die Vorgängerin im Amt war Henna Maria Virkkunen (Zentrumspartei). Die Bildungsministerin leitete 2009 die umfassende Hochschulreform in die Wege.

duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG
Am 23. März kommt das neue:
MAGAZIN
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Der feinste gemeinsame Nenner? Deutsche Forschungsgemeinschaft rüstet sich zur Präsidentenwahl.
- Ohne W und Aber? Das Urteil der Verfassungsrichter zwingt die Länder zur Reform der W-Besoldung.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

E-BOOKS für Hochschule und Wissenschaft

Der Raabe Fachverlag für Wissenschaftsinformation veröffentlicht ausgewählte Themen aus Hochschule und Wissenschaft als E-Book. Sie können direkt auf PC, E-Reader sowie andere mobile Endgeräte geladen werden und ermöglichen einen flexiblen Zugriff auf die digitalen Inhalte.

Das Angebot umfasst Nachschlagewerke und Monografien im PDF-Format. Neben dem Wörterbuch des Hochschulwesens erscheinen kontinuierlich neue E-Book-Reihen, die das Programm des Fachverlages erweitern. Die Publikationen richten sich an Wissenschaftler, Hochschulmitarbeiter, Wissenschaftsmanager, Experten und Praktiker.

Expertenwissen digital nutzen!

www.raabe.de > Hochschule > E-Books

WEITERE INFORMATIONEN:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH | Fachverlag für Wissenschaftsinformation | Kaiser-Friedrich-Straße 90 | 10585 Berlin

Irina Huck | 030 21 29 87-22 | i.huck@raabe.de // Natalja Kreher | 030 21 29 87-47 | n.kreher@raabe.de

RAABE
NACHSCHLAGEN – FINDEN

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.